EVANGELISCHER
STADTKIRCHENKREIS | KASSEL

OFFEN FÜR VIELFALT

GESCHLOSSEN GEGEN AUSGRENZUNG

KATHOLISCHE
KIRCHE KASSEL

REDE ZUM GEDENKEN AN DR. WALTER LÜBCKE

2. Juni 2026

Kassel

Rede von von Dorothea Marx, langjährige Vize-Präsidentin des Landtages und Vorsitzende des NSU Untersuchungsausschusses in Thüringen

Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Demokratinnen und Demokraten,

Unsere Demokratie ist kein bloßes Abstimmungsverfahren, sie ist eine Werteordnung. Aus Gründen.

Heute stellt sich die Frage: Ist „Nie wieder“ schon vorbei? Wird nicht längst und zunehmend laviert, relativiert? Sind wir bereits beim „Schon wieder“ ?

Wir haben es in jedem Fall mit einem sich verstärkenden Angriff auf die Werte zu tun, für die Walter Lübcke einstand. Dieser Werteverlust ist nicht nur mit der Unzufriedenheit mit aktueller Politik zu erklären, diese Unzufriedenheit kann demokratisch ausgetragen werden.

Als Ende 2011 die Verbrechensserie des NSU offenbar wurde, war das Erschrecken und die geäußerte Scham groß. Wie hatte man jahrelang die Täter nur im Kreis der Opfer suchen können? Hier in Kassel wurde am 6.5.2006 - vor zwanzig Jahren - unter dem Motto „Kein 10. Opfer“ für objektive Ermittlungen demonstriert, organisiert hat diese Demonstration der Vater des einen Monat zuvor ermordeten Halil Yozgat.

Eine solche Serie rassistischer Verbrechen habe man „nicht für möglich“ gehalten, hieß es Ende 2011. Doch schon Jahre zuvor hatte auch schon ein Profiler rassistische Motive für die Taten im Blick.

Im Thüringer Untersuchungsausschuss zum NSU haben wir neben der Aufklärung eklatanten Staatsversagens ein ganzes Jahr lang die Sozialisation der Haupttäter in Thüringen näher betrachtet. Das bis dahin für die Entwicklung rechtsextremer Überzeugungen bei jungen Menschen angebotene Muster „jung, dumm, arbeitslos“ war bei allen schnell widerlegt. Vater Professor. Mutter Lehrerin. Die Oma die Mutter nur vertretend, da diese Medizin im Ausland studierte.
Das Kerntrio stammte aus gesicherten bürgerlichen Verhältnissen. Sie und ihre Unterstützer sahen sich als Herrenmenschen und wurden darin durch fehlende Verfolgung bestätigt.

Diese Selbstüberhöhung ist bis heute aktuell. Sie ist die Triebkraft auch der neurechten völkischen Führungsriege: Sie beinhaltet die Verachtung anderer Ethnien, die Mißachtung und Ablehnung der in unserer Verfassung festgehaltenen gleichen Würde jedes Menschen.

Der Mörder von Walter Lübcke spendete an die AfD.

Der Migrantenfeindlichkeit folgt die Geringschätzung aufgrund von Behinderung, Geschlecht und sexueller Orientierung auf dem Fuß. Toleranz wird verachtet. Daran ändert auch eine Frau Weidel nichts: Sie lebt nicht in einer gleichgeschlechtlichen Ehe in der Schweiz, weil die AfD generell offen dafür wäre, sondern weil sie – als Chefin – es eben KANN.

Doppelstandards gelten in der AfD auch bei Regelverstößen: Vetternwirtschaft, Volksverhetzung, Spionagevorwürfe, Untreue, das sind in der Führerriege keine strafrechtsrelevanten Taten, da werden sie als Widerstand verklärt. WählerInnen wird damit ein ganz spezielles Versprechen offeriert: Regeln, auch unsere, sind nur für das gemeine Volk. Für unsere eigenen Eliten geben wir uns andere. Es wird nicht wenige Menschen geben, die meinen, sich qua Stimmzettel in diesen erlauchten Kreis von Outlaws einwählen zu können.

Für die anderen, die auf eine Gleichschaltung mit harter Hand setzen, könnte es hart werden. Wenn z.B. ausländische Pflegekräfte das Land verlassen sollen und kirchliche Kindergärten, Krankenhäuser und Sozialeinrichtungen nach der Einstellung der Staatsleistungen an die Kirchen schließen müssten. Und die Inklusion für Menschen mit Behinderung gestoppt wird. Nachzulesen ist das im und aus dem aktuellen Wahlprogramm der AfD für Sachsen-Anhalt.

Vom Anfangsmotto der AfD „Das wird man wohl noch sagen dürfen“ sind wir heute bei der Ankündigung. „Wir holen uns unser Land zurück“ angelangt. Wer ist wir? Und was ist „unser Land“? Gemeint ist die völkische Konstruktion der AfD. Die AfD reklamiert dieses Land exklusiv für sich. Die pluralistische Demokratie sei - so der neueste Kampfbegriff der AfD - eine bloße „Demokratiesimulation“.

Die AfD arbeitet - insbesondere in den ostdeutschen Ländern- nach Kräften an der Delegitimierung des demokratischen Systems und der Abwertung diverser Grundrechte. Sie verschiebt den gesellschaftlichen Diskurs immer weiter nach rechts, und gibt sich als neue Partei der Mitte aus.

Sodann - und in diesem Stadium sind wir nun angelangt - fordert sie Neutralität gegenüber ihren Umtrieben ein. Demokratieprojekte werden als „Ideologieprojekte“ diffamiert und sind gefährdet: Haltet den Dieb…

Unsere Verfassung ist aber nicht neutral. Die universelle Menschenwürde sowie der demokratische Staatsaufbau mit seiner Gewaltenteilung sind nicht abwählbar. Selbst mit 2/3-Mehrheiten im Parlament können diese Garantien nicht geschliffen werden. Das bestimmt die sogenannte Ewigkeitsgarantie in Art. 79 Abs. 3 unseres Grundgesetzes. Entsprechende Vorschriften gibt es auch in zahlreichen Länderverfassungen.

Da muss dann schon die Frage erlaubt sein, warum eine Partei auf dem Stimmzettel von Wahlen stehen soll, die das Schreddern dieser Grundsätze offen ankündigt. Und ob es vertretbar sein kann, dass von jedem Euro Spende an diese Partei 50 Cent der Steuerschuld des Spenders vom Finanzamt abzuziehen sind.

Ob ein Parteiverbot, das die Partei von der Teilnahme an Wahlen und der staatlichen Finanzierung nach dem Parteiengesetz ausschließen würde, beim Bundesverfassungsgericht beantragt werden soll, damit tun sich die Entscheidungsträger – der Bundesrat, die Bundesregierung oder der Bundestag wären mögliche Anspruchsteller – jedoch schwer.

Auf einer Tagung zur Resilienz des Bundestages und der Demokratie meinte in der vorletzten Woche ein Podiumsteilnehmer, dass die Demokratie nur „relativ wehrhaft“ sei. Gegenüber der Opposition werde im Hinblick auf ein Verbot „Wertetoleranz und Mäßigung“ geschuldet.

Wie soll ich mir aber diese Toleranz und Mäßigung vorstellen, wenn ein AfD-Abgeordneter im Austausch mit einer Besuchergruppe des Thüringer Landtags einer 15jährigen Schülerin mit Migrationshintergrund ins Gesicht sagt: „Wenn es hier zu viele von Deiner Sorte gibt, ist diese Stadt nicht mehr meine Heimat“.

Vor wenigen Jahren hätte dafür einem Besucher noch ein Hausverbot gedroht, da mag ich es nun nicht milde weglächeln, bloß weil es ein Abgeordneter gesagt hat. Legal ist nicht gleich legitim.

Dennoch, die Demokratie achtet selbstverständlich auch die Rechte ihrer Gegner. Jedoch kann und sollte das nicht als bequeme Ausrede dafür dienen, die Wehrhaftigkeit der Demokratie aufzuweichen.

Warum erlaubt das Grundgesetz ausdrücklich ein Parteiverbot für Feinde der Demokratie? Weil die Tolerierung planvoller Zersetzung von Grundrechten in der Hoffnung, sie geht schon irgendwie vorbei, nachweislich schon einmal nicht funktioniert hat.

Das rechtsextreme und neurechte Politikangebot unserer Tage, das auf völkische Überlegenheit, Verachtung anderer, Neid und Missgunst setzt, ist ein schlechtes Remake, das sich mit digitaler Reichweite und Bots-gefütterten Eingaben in asozialen Medien zu selbst-referenziellen großen Blasen aufbläht und die alleinige Deutungshoheit beansprucht.

Das ist ja das besondere dieser Filterblasen. Der Algorithmus spült mir immer nur mehr und mehr von dem zu, was mir aufgrund meiner Klicks zu gefallen scheint und nicht das, was andere dazu meinen und mich zum Hinterfragen anregen könnte.
Ich dagegen glaube fest daran, dass die Natur des Menschen von Gott für Besseres gemacht und geeignet ist, als für eine einseitige gehässige Spaltung in „Die und Wir“ die erst in Verachtung und dann in Ausgrenzung bis hin zur Gewalt mündet.

Für eine menschliche Gesellschaft braucht es Selbstvergewisserung, Neugier auf die Realität vor unserer Tür, faktenbasierte Wissenschaft. Weiterhin die Bereitschaft und Spaß daran, eigene Schlussfolgerungen zu ziehen und in Übereinstimmung mit dem persönlichen Wertekanon umzusetzen, der nicht nur Eigennutz umfassen sollte. Denn wenn alle nur dem Eigennutz folgen, wird man dem über kurz oder lang selbst zum Opfer fallen, auch wenn man meint, einen Führer zum Freund zu haben. Autokraten bestimmen ihre Günstlinge nach Tageslaune. Das lehrt unsere Geschichte und der Blick in die Welt von heute.

Demokratie ist anstrengend, sie kann nerven, aber sie ist eben gerade nicht ein angebliches „Kartell“ - auch das ein Kampfbegriff zur Diskreditierung - , das sich überlebt hätte. Sie sie ist nicht verzichtbar. Warum das so ist, ist für viele nicht mehr selbsterklärend. Zur rinnerung ihre wichtigsten drei Eigenschaften:

1. Demokratie verleiht Macht nur auf Zeit
2. Politik beruht auf Kompromissen, die Ergebnis einer Mehrheitsfindung auf der Grundlage eines fairen Austauschs verschiedener Meinungen sind
3. Aber selbst dann, wenn entschieden ist, hat jede und jeder das Recht, von unabhängigen Gerichten überprüfen zu lassen, ob das Ergebnis auch mit seinen höchstpersönlichen Rechten vereinbar ist.

Eine freie Meinungsbildung ist die Grundlage demokratischer Entscheidungen. Durch Propaganda und Fake News sind demokratische Prozesse anfällig für Manipulation und Stimmungsmache geworden. Diese Gefahr ist durch den Einsatz Künstlicher Intelligenz weiter sprunghaft gewachsen.

Die Antworten auf die besonderen Herausforderungen, die uns umtreiben und sorgen, findet man nicht bei ChatGPT. KI generiert keinen Aushandlungsprozess, sondern nimmt Verallgemeinerungen durch Hochrechnungen aus Datenmassen vor, aus Datenmassen, die mittlerweile weltweit auch gezielt kommerziell hergestellt werden.

Im Meinungsstreit verifiziert KI nichts, sie wägt nicht ab, sie rechnet eine vermeintliche Massenmeinung aus, erfindet Quellen dafür hinzu und halluziniert dazu passende einseifende Begründungen.

KI ist ursprünglich für anderes erdacht worden, nämlich dazu, Arbeitsabläufe zu rationalisieren, große Datenmengen zu gliedern und Schnittmengen und Muster zu erkennen. Das ist zum Beispiel in der medizinischen Diagnostik ein großer Fortschritt.

Als Generator für politische Bewertungen und eine eigene Haltung ist KI ungeeignet. Da ist sie ethikfreie Hirnabschaltung, ein Autopilot ohne Navi.

In welcher Wirklichkeit wollen wir leben? Wo sind wir zuhause?

Es gibt schon seit vielen Jahren durchweg diese erstaunliche Diskrepanz zwischen der Selbsteinschätzung der Menschen, die trotz komplexer Herausforderungen mit großer Mehrheit ihre eigene Lage positiv beurteilen, aber gleichzeitig die allgemeine Lage im Land als miserabel einstufen.

Wir Menschen sind soziale Wesen, die den Austausch, die Freundschaft und den sozialen Zusammenhalt in unserer privaten Umgebung brauchen und höher schätzen als Isolation und Feindschaft.

Als vor einiger Zeit in meiner Heimatstadt eine Wasserhose niederging, einen Straßenzug überschwemmte und etliche Häuser vollliefen, kam es hinterher zur Bewertung des Geschehens in der Stadtratssitzung. Es wurde das Übliche und fraglos auch wichtige nachgefragt, ob denn die städtische Vorsorge ausgereicht habe, die Kanäle ausreichend dimensioniert waren, die Gräben ausreichend freigehalten worden seien, Feuerwehr und THW genug Leute vor Ort und auch das richtige Gerät im Auto hatten und wie man sich künftig besser wappnen könne. Bis dann jemand sagte, wie überragend und toll es war, dass alle Nachbarn, wirklich alle, bis spät in die Nacht geholfen hätten, Gegenstände ins Freie bringen, Schlamm schippen, bevor er versteinert. Alles, was zu tun war. Das sei doch „wie früher“ gewesen. Da wurde es andächtig still im Raum.

Gibt es das heute nicht mehr?

Aber doch, soziales Engagement steht hoch im Kurs. Das Miteinander auch, unabhängig von Ethnien, Alter, Geschlecht und Lebensentwürfen. Die Anzahl Ehrenamtlicher und ihr ungebrochenes und erfolgreiches Engagement in vielen Bereichen des Alltags, und das nicht nur im sozialen Bereich, der Feuerwehr, im Sport, sondern etwa auch im Bereich der Förderung geerbter und wachsender Kultur, ist hoch. Sie enttarnt die Mär vom uns angeblich gestohlenen Land als bösartige

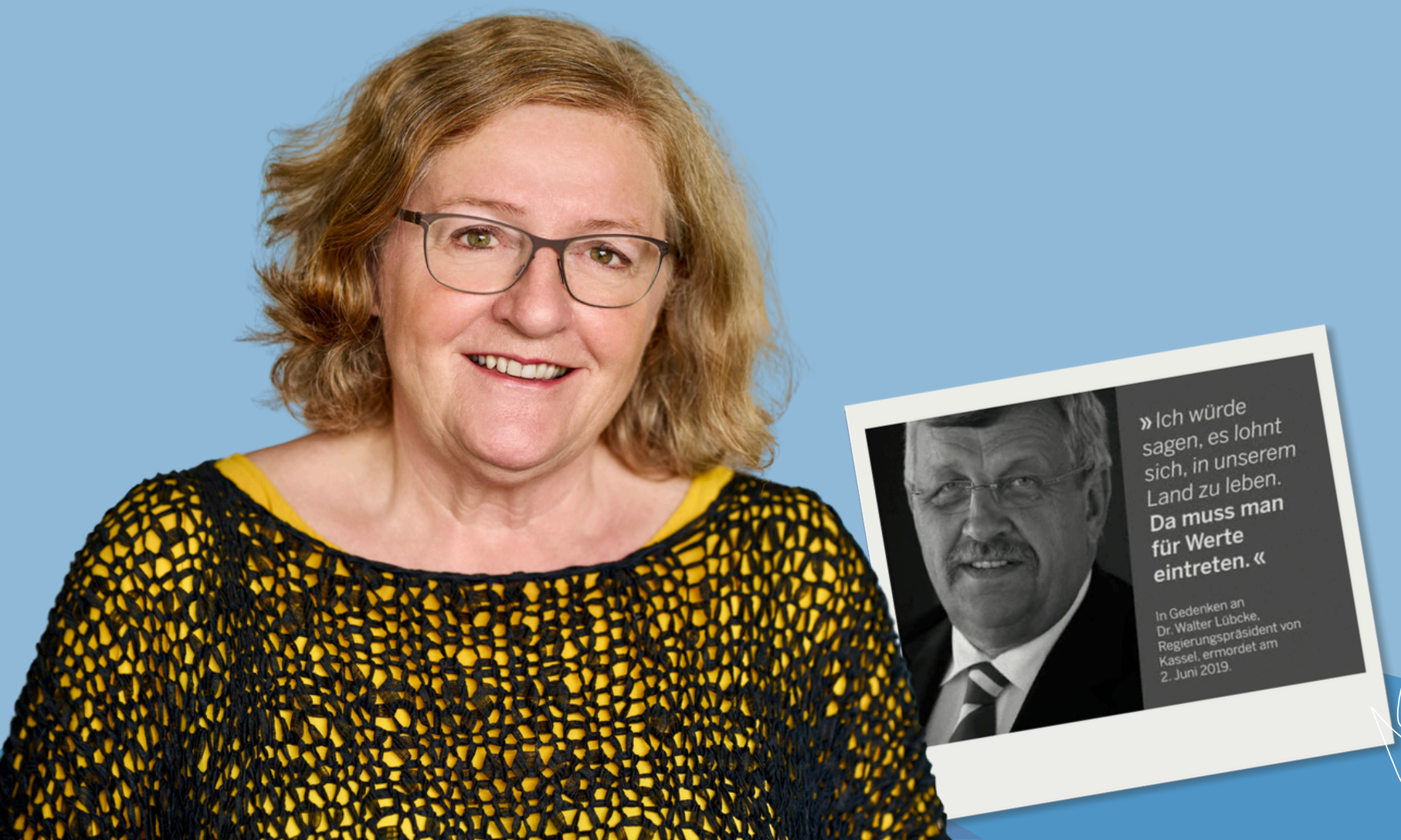
Verleumdung. Zu diesen Ehrenamtlichen gehören auch unzählige Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, die um gute Lösungen ringen, und unser Land nicht verkaufen, sondern es lebenswert erhalten.

Hierfür stand Walter Lübcke ohne Wenn und Aber. Bis heute gelten seine Worte vom 14. Oktober 2015: „Es lohnt sich, in unserem Land zu leben. Da muss man für Werte eintreten“.

Unsere Begegnungen mit echten Menschen bereichern und prägen uns, es sind die analogen Geschichten und Erlebnisse, bei denen wir Gemeinsamkeit erfahren, Vertrauen und Verständnis aufbauen und unsere eigenen Erkenntnisse gewinnen.

Echter Austausch ist es, der uns erlaubt und herausfordert, mitmenschlich zu sein, neue Lösungen zu finden. Wir können daraus so viel Stärke und Freude am Leben schöpfen, dass wir davon auch Menschen in Not etwas abgeben können, statt missgünstig zu sein. Unsere Sicherheit können wir gemeinsam ohne völkische Ausgrenzung organisieren und garantieren.

Deshalb können auch wir uns eine Haltung leisten und unsere Werte leben und verteidigen, wie es Walter Lübcke zeitlebens getan hat.

Vor Walter Lübcke und seiner herzlichen Zugewandtheit zum Mensch-Sein verneige ich mich heute mit Ihnen in großer Dankbarkeit.

DOROTHEA MARX, LANGJÄHRIGE VIZE-PRÄSIDENTIN DES LANDTAGES
UND VORSITZENDE DES NSU UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSSES IN THÜRINGEN